

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (rei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft in d. D. Dresden-L. / Geschäftsstelle und Redaktion: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr; allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen; Freitage von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal gepunktete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Postansicht einschließlich an den bestmöglichen Zeit einer Zeile 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 8. April 1930

Nummer 83

Youngdeutsche Hungerkur

Weitere 200 Millionen Mark Zollerhöhungen — Fette Zeiten für Ausbeuter — Einheitsfront von Sozialdemokraten bis Deutschnationale — Organisiert den Existenzkampf der Werttätigen!

Wucherzölle auf alle Lebensmittel

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtmeldung.)
Das Reichskabinett hat gestern zu einer Vorlage des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über ein Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft, das ist das von den Großagrarern geforderte Agrarprogramm, Stellung genommen. Die Beratungen im Kabinett führten zu einer grundsätzlichen Einigung. Ueber die Einzelheiten dieses Finanzprogramms berichtet die „Völkische Zeitung“ unter der Überschrift: „Höhere Zölle für alles“. Der Reichsernährungsminister soll die besondere Ermächtigung erhalten, alle drei Monate zu prüfen, ob die Zölle noch angemessen sind. In sein Verlangen soll es gestellt sein, ob die Zölle erhöht oder noch weiter erhöht werden. Für alle landwirtschaftlichen Produkte sollen den Großagrarern die Preise gesichert werden. Die bisherigen Richtsätze für Weizen und Roggen von 250 bzw. 230 Mark sollen nochmals getilgt werden. Für Schweine ist ein Richtpreis von 75 Mark vorgelesen. Gegenwärtig beträgt der Preis nach den Notierungen 60 Mark für 50 Kilogramm. Der Wert der Einfuhrschweine für Safer, der zur Zeit 60 Mark beträgt, soll auf 90 Mark erhöht werden. Ferner soll Schiele erlaubt werden, den Beimischungszwang von Roggen zu Weizenmehl anzuordnen. Auch für Jäger, Schmalz, Kalbin, Tala, Eier, Milch, Grauen, Griech, Stärke, Soja und Zollerhöhungen vorgelesen. Die zollfreie Einfuhr von Getreidefleisch soll am 1. Juli eingestellt werden. Von den Zollerhöhungen sind auch betreffen Gerste und Safer. Das Einfuhrschweinefleisch über den bisherigen Rahmen hinaus ausgedehnt werden, auch auf Rindfleisch und Schaffleisch. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bejährt die Maßnahmen auf Grund der erhöhten Zölle auf 200 Millionen Mark.

Die „Rote Fahne“ schreibt zu diesem Zollprogramm u. a.: „Dieses ungeheure Programm wird die Zustimmung der Reichsregierung finden. Es bringt einen neuen Frauentraub an den Hals der Werttätigen, der in die Hunderte von Millionen Mark geht. Es ist die Einleitung einer neuen, unerhörten Leertagswelle. Darum: Alle Kräfte mobil gemacht, um diese Welle am vereinbarten Widerstand der Arbeiterklasse unter Führung der KPD zu brechen.“

SPD und Deutschnationale stimmen für den Benzolzoll!

In der Sitzung des Steuerausschusses am Montag, dem 7. April, kam es noch deutlicher als bisher zum Ausdruck, daß die Hindenburg-Regierung bei ihrer Steuererhöhung auf die Tölpel der Werttätigen in gleicher Weise die Unterdrückung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten findet. Zur Beratung standen der Benzolzoll und die Benzolsteuer entsprechend dem Vorschlag der Müller-Regierung. Die Annahme des Gesetzes wird zur Folge haben, daß der gesamte Kraftwagenverkehr, sowohl die Güterbeförderung als auch die Personenbeförderung betroffen, ungeheuer veräußert wird, und der Viter Haushaltungspetroleum, von dem die Berliner Konsumgenossenschaft allein 25 Millionen jährlich verkauft, um 4 Pf., d. h. um 10 Prozent angehoben wird. Der Antrag der Kommunisten, die gesamte Vorlage abzulehnen, wurde gegen die Stimmen der drei Vertreter der Kommunisten von der Mehrheit, einschließlich SPD und Deutschnationalen, niedergestimmt.

Hitler als Republikaner

Dresden, den 8. April.
Konzentration aller antirevolutionären Kräfte ist heute das Selbstgespräch der Bourgeoisie, die angesichts der immer energischer an die Tore des Kapitalismus klopfenden proletarischen Revolution schützlich nervös wird. Die politischen Entscheidungen der letzten Jahre zeigen ganz klar diese Konzentration, besonders auch im bürgerlichen Staatsapparat auf. Die Wankung der „Demokratie“ zur offenen faschistischen Herrschaftsform ist im Fluß und wird von der „linken“ SPD bis zu Adolf Hitler zur höchsten Verwirklichung bewußt angestrebt. Die SPD ist schon seit 1914 eine Staatsbejahende Partei. Sie steht seit dieser Zeit offen auf der Seite der herrschenden Kapitalistenklasse. Und zu derselben Zeit, wo Hugenberg das Kabinett vorschlug für die Durchführung des Youngplans, lesen wir im „Sächsischen Beobachter“ vom 3. April: „Voraussetzungen müssen wir, daß die gegebene Situation in tatsächlicher Hinsicht eine radikale Umstellung von uns fordert.“
Und einige Zeilen weiter:
„Wir freuen uns wirklich, es offen aussprechen zu dürfen, daß wir in unserer Arbeit in keiner Weise behindert sind.“

Heute Prozeß gegen den Genossen Hans König vor dem Reichsgericht. Bericht folgt morgen

wenn wir nicht dulden, daß in unseren Reihen jemand die Verfassung beschimpft.“
Man sieht, sie finden sich vollkommen mit der Weimarer Verfassung, die jahrelang von ihnen „betämpft“ wurde, ab. Es bleibt ihnen auch kein anderer Weg, wenn sie schon sich prinzipiell auf den Boden des Privateigentums stellen und ihre Leute wie Fried u. Co. im kapitalistischen Staatsapparat sitzen haben. Das erwähnte Blatt schreibt dann auch nach der vorläufigen Einführung für die Leser rund heraus:
„Wir brauchen uns deswegen nicht zu exponieren, denn für uns ist die Staatsform keine Angelegenheit des Prinzips. Wir können also sehr häufig und sehr nachdrücklich die Tatsache unterstreichen, daß alles, was wir anstreben, auch im Rahmen einer Republik verwirklicht werden kann. Adolf Hitler gab vor kurzem, wie erinnerlich, zu bedenken, ob es nicht überhaupt zweckmäßig sein würde, den republikanischen Charakter der Partei programmatisch festzulegen. Die weitaus überwiegende Mehrheit unserer Anhänger besteht aus Republikanern. Das kann nicht dem allermindesten Zweifel für den unterliegen, der jahrelang, jahraus mit den Mitgliedern in Verbindung kommt und den Pulsschlag des Volkes in den großen Massenversammlungen spürt, die wir veranstalten. Monarchische Legitimitäten sind unter uns, wenn überhaupt, so bestimmt nur in ganz wenigen Exemplaren zu finden. Auf sie könnten wir im Notfall auch verzichten.“
Wenn der Meister Hugenberg Republikaner wurde, warum soll da Hitler nicht den Befehl ausgeben, „von heute ab sind wir eine republikanische Partei“?

Heraus zum Kampfmai 1930!

Bereitet den Kampftag des Weltproletariats vor! / Bildet in allen Betrieben und Stempelstellen Matkomitees zur Massenmobilisierung!

Arbeiterinnen, Arbeiter und Erwerbslose Sachsens!

Der diesjährige 1. Mai steht im Zeichen der ungeheuerlichen Verschärfung der Klassengegnisse, der Generaloffensive des Finanzkapitals, der Herrschaft der Bürgerblutregierung, der Durchführung des Youngplans mit Hilfe der national- und sozialfaschistischen Agenten der Bourgeoisie. Auf der einen Seite wachsender Reichtum in den Händen weniger Magnaten, auf der anderen Seite Hunger und Elend, Nationalisierung und Misslionenerwerbslosigkeit.

Vor 51 Jahren periphrasie die Arbeiterklasse die Ketten des Bismarckschen Knastgesetzes, des Sozialistengesetzes. Im Jahre 1930 ist der geweihte sozialdemokratische Minister Seitzling dazu übergegangen, der Bürgerblutregierung ein

neues, furchtbares Ausnahmegefeß

gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und ihre Führer, die KPD, zu schaffen. Weil das Proletariat Youngdeutschlands sich in wachsender Maße Bestrafung und Unterdrückung zusammenzieht, weil die Kommunistische Partei in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, unter den Arbeiterinnen und Jugendlichen ihren mächtigen Vormarsch entfaltet, darum Republikanismusgesetz. Weil die Arbeiter Arbeit und Brot fordern und sich anschicken, die Hungerlöhne zu durchbrechen, in Streiks und in Demonstrationen ihre Forderungen sich zu erheben, darum

Bürgerblutdiktatur

mit Hilfe der nationalfaschistischen Terrorbanden, der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Für das deutsche Proletariat gibt es nur einen Ausweg: Das ist die revolutionäre Zerreißung des Youngplans, die Erklammerung der Macht des Proletariats — gibt es nur ein Mittel, das mächtiger ist als alle Feinde des Proletariats: die revolutionäre kämpfende Einheit aller Ausgebeuteten in Stadt und Land.

Diese revolutionäre Einheit muß am 1. Mai ihren mächtigen Ausdruck finden. Darum schafft in allen Orten,

in allen Betrieben und Stempelstellen jetzt schon Matkomitees,

die unter den Vorzeichen der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition die kommunistischen, parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter mobilisieren und zusammenzuschließen zum Kampf

für den Siebenkündentag und die 48-Stunden-Woche, für Lohnerhöhung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Arbeit und Brot, für die Bekämpfung der Bürgerblutdiktatur und ihre national- und sozialfaschistischen Handlanger, für den Schutz der Gewerkschaften, für den Sieg des deutschen Proletariats!

Das Matkomitee Bezirk Sachsen
Die Bezirksleitung der KPD Sachsen
Die Bezirksleitung des KJVB Sachsen

Massenfreit für die Klassenforderungen am 1. Mai

Auf der Schachtlage Vohberg in Dinolaken hatte der mit Hilfe der Sozialfaschisten gewählte kirchliche Betriebsratsvorsitzende eine Betriebsversammlung einberufen. Die Belegschaft beschloß aber, daß der ehemalige rote Betriebsratsvorsitzende die Versammlung leite. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschlieung an, die sich unter die kommunistische Partei und die roten Betriebsräte stellt und die roten Betriebsräte beauftragt, erneut eine Belegschaftsversammlung einuberufen, in der ein Matkomitee gebildet werden soll, das am 1. Mai die Kumpels geschlossen zum politischen Massenfreit führt.

In der Mitgliederversammlung der Schuhmacher in Neustadt i. M. wurde einstimmig beschlossen, am 1. Mai unter der roten Fahne der Revolution zu marschieren.

Eine Versammlung der ausgeschlossenen Zimmerer in Düßeldorf beschloß einstimmig den politischen Massenfreit am 1. Mai auf allen Bau- und Arbeitsstellen und den Aufmarsch mit der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.